

Spannungsfelder von Kontrolle und Erproben: Konturen einer ›verfeinerten Technokratie‹?

In den anregenden Thesen »Corona Perspectives – Philosophical Lessons from a Pandemic« kommen Yongmou Liu (PR China), Carl Mitcham (USA) und Alfred Nordmann (Germany) in der 10. These zum demokratietheoretisch kniffligen Punkt, dass nämlich die Spannungen zwischen einer engen technokratischen Kontrolle und dem auf der anderen Seite aufbrandenden Populismus der Rebellion wohl nur durch eine, wie sie es nennen: ›moderated technocracy‹ mediiert werden könne.

Die Ausführungen in dem Essay verdeutlichen, dass unser Vokabular und die darin enthaltenen Gegenüber- und Frontstellungen die Sicht auf die mit der Krise verbundenen Probleme nicht unbedingt erleichtern. In der Tat stellt sich aus Sicht der STS die grundlegende Frage, was überhaupt in Gesellschaften als Corona-Problemlage hergestellt und kommuniziert wird. Dabei treffen, meist unverbunden, unterschiedliche Perspektiven aufeinander, wobei Liu et al. ihrem Erstaunen Ausdruck geben, »to see how swiftly in a moment of crisis our modern knowledge-societies reverted to a supposedly outdated model« (These VI), nämlich dem Modell, das sie als ›Grand Scheme Optimizing‹ kennzeichnen. Dieses Modell orientiert sich an einer prinzipiellen Vermeidung von Risiken, basiert im Kern auf einem bevölkerungswissenschaftlichen Paradigma und folgt diesen Prämissen korrespondierend einer expertokratischen *Governance*. So betrachtet, erscheint aus Sicht der Autoren das zentrale Problem der Krisenbekämpfung die überbordende technokratische Hegemonie im Moment der Krise.

Meine Überlegungen behaupten ausdrücklich nicht, dass es eine solche Hegemonie nicht gäbe, aber sie stellen die Frage, was diese Aussage für das Verständnis der Probleme, die sich mit der Corona-Krise verknüpfen lassen, tatsächlich beiträgt. Sie gibt sich herrschaftskritisch, aber in einem Vokabular, welches, so die These dieses Kommentars, gerade nicht den sozio-epistemischen Verwicklungen gerecht werden kann, welche die Krise provozieren. Pointiert formuliert: Vielleicht ist die Corona-Krise vor allem auch eine Krise der Selbstverständigung von Gesellschaften, weil das Vokabular, mit dem wir über die Krise rasonieren, so merkwürdig antiquiert zu sein scheint. Dies drückt sich in den Klassifikationen und Gegenüberstellungen aus, die genutzt werden, um den Gang des Pandemie-Geschehens zu charakterisieren und dabei insbesondere das Gelingen oder Misslingen von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie kritisch zu bewerten. Dabei rückt in den Hintergrund, wie sehr schon Regieren von Expertise abhängig ist, einer Expertise, die grundsätzlich immer dynamischer aufgebaut wird, wobei das dynamische Moment in Krisenzeiten noch

einmal eine andere Dimension annimmt. Erproben, das Scheitern-bereite Aufspüren möglichst zutreffender Wirklichkeitsbeschreibungen, wird dabei zu einem Kontrollproblem. Einem Kontrollproblem, das zugleich als ein Herrschaftsproblem auftritt.

Was meint vor diesem Hintergrund die Rede von sozio-epistemischen Verwicklungen? Auffällig erscheint mir die Gemengelage unterschiedlicher, gleichzeitig zu lösender Koordinations- und Kooperationsprobleme im Angesicht potenziell großer Bedrohung wie auch Ungewissheit. Wie groß ist das faktische Problem, das sich mit der Krankheit verbindet? Wie lässt sich am Besten die mit dem Geschehen verbundene Ungewissheit reduzieren? Was sind angemessene Maßnahmen? Inwieweit ist die Einschränkung von Grundrechten zur Lösung der Krise rechtfertigbar? Welche staatlichen Wege durch die Krise sind angemessen? Wissensungewissheit schlägt unmittelbar in sozio-politische Ungewissheit um – und umgekehrt. Wissenslagen, soziale Ungleichheit und politische Differenz werden auf diese Weise zugleich thematisch. Dadurch, dass zugleich eine potenziell große Gefahr im Raum steht, verstärkt diese Lage das Kontroll-Problem. Die einen dramatisieren es (›Mittelschichts-Home-Office-Befreite‹), die anderen negieren es (›Corona-Rebellen‹), dritte schließlich erleben es als Systemrelevante hautnah (›Viren-Strom-Ausgesetzte‹).

Insofern gibt es keinen schlichten Ausweg, aber in jedem Fall stellt sich die Frage, warum nicht mehr experimentelle Energien freigesetzt werden, um die auftretenden Verwicklungen von Wissenslagen, sozialer Ungleichheit und politischer Differenz nicht nur zu verstehen, sondern zugleich in handlungspraktische Strategien zu überführen und somit Gestaltungswissen über genau diese Lagen zu entwickeln. Bei der erstaunlich begrenzten Wissensmobilisierung machen die Autoren des Essays einen wichtigen Punkt. Denn in der Tat wird der Raum des Experimentellen bisher eher defensiv gestaltet, was in der Konsequenz zur Begrenzung experimenteller Räume sowie zur schleichenden Delegitimierung von Kontrollpolitiken der Pandemie führt. Solche Legitimationsprobleme können umso eher gelöst werden, je eher Strukturen resilienten Experimentierens entworfen und institutionalisiert werden. Die resiliente Gestaltung experimenteller Räume zur Bewältigung solchen Krisengeschehens kann nur gelingen, wenn neben *top-down* verordneten Kontrollen sich eine *bottom-up*-Kultur sozialen Experimentierens entfalten kann. Dies setzt nicht nur auf Seiten der Zivilgesellschaft, ebenso wie von staatlicher Seite, die Fähigkeit und den Willen zu Partizipation und Kooperation voraus. Dazu bedarf es als Voraussetzung entsprechender demokratiepolitischer Maßnahmenphantasie, um das experimentelle Problemlösen im Angesicht der Pandemie institutionell abzusichern. Die Rede von einer ›verfeinerten Technokratie‹ erübrigte sich dann von selbst.